Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen
und des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen

Nr. 04/11 – 5. Dezember 2011
11. Jahrgang

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Kein Platz für die Bildersprache der Brandstifter

Seite 4

Von periodischen zu dauerhaften Spardebatten

Seite 7

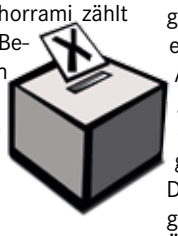
Eine Lobby für Alleinerziehende

Seite 10

Kurz & Knapp

Integrationsrat gewählt

Am 20.11.2011 fand die Wiederholungswahl zum Integrationsrat statt. Wahlsieger ist wie erwartet die eher nationalkonservative Allianz Essener Türken mit Muhammet Balaban. Fortschrittliche Kräfte spielten keine Rolle. Allein die Liste „Gleiche Rechte für Migranten“ konnte ein Mandat erringen und schickt den Iraner Hossein Khorrami in den Integrationsrat. Khorrami zählt sich zur Grünen Bewegung des Iran und ist außerdem Mitglied der Partei DIE LINKE.



Wehren ...

„Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“ – getreu diesem Motto hatte sich das Cafe Kibbel an die Öffentlichkeit gewandt. Die sog. „Sparbeschlüsse“ der Viererkoalition (CDU/Grüne/FDP/EBB) des vergangenen Jahres bedrohten diese wichtige Einrichtung für schwerst Suchtkranke in ihrer Existenz. Als nun die Folgen sichtbar wurden und die Schließung drohte, sprachen sich im Aufsichtsrat auch die RatsvertreterInnen aus den Reihen des Viererbündnisses gegen ihre eigenen Kürzungen aus. Ergebnis: Der Rat stellte für das Jahr 2012 Teile der zuvor weggekürzten Mittel wieder ein.

... lohnt sich

leider nicht immer. Obwohl Kinder, Jugendliche und deren BetreuerInnen – mit Unterstützung unserer Kinderbeauftragten Petra Braukmannn – auf die Straße gingen und die gesamte Bezirksvertretung protestierte, wird das Zack in Essen-Borbeck geschlossen. Auch dies ist Ergebnis der im vergangenen Jahr vom Viererbündnis beschlossenen Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit.

Haushalt 2012 von Ratsmehrheit verabschiedet

Die Musik spielt woanders!

Erneut blies die Viererkoalition von CDU/Grünen/FDP/EBB mit ihrem gegen die Stimmen der LINKEN Ratsfraktion und bei Enthaltung von SPD und Oberbürgermeister Pass gefassten Haushaltsbeschluss weiter das Halali FÜR Leistungskürzungen und deutlichen Mehrbelastungen der Essener BürgerInnen.

Die Linke Ratsfraktion hat mit gut einem Duzend Anträgen zu den Haushaltsberatungen dargelegt, wie der Haushalt 2012 eine deutliches Plus an sozialer Ausgewogenheit und Vernunft gewonnen und zudem unterm Strich noch das Defizit verringert hätte.

Die selbst vom Kämmerer vorgeschlagene Einführung der Übernachtungsabgabe bei Hotelübernachtungen wurde von der LINKEN Fraktion insofern aufgegriffen, dass wir diese erst bei Übernachtungskosten ab 30 Euro wirksam werden lassen wollten, und anstatt 5 Prozent, 7 Prozent auf den Preis für angemessen hielten. Diese moderate und allemal gerechtfertigte Einnahmeverbesserung wurde seitens des bürgerlich-konservativen CDU/GRÜNE/FDP/EBB-Bündnisses aber ebenso blockiert, wie die längst überfällige Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes, welche angesichts der unstrittig sehr positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Essen unschädlich und gerecht gewesen wäre. Reichere würden gerechterweise stärker in die Pflicht genommen zur Sanierung für verrottende Straßen und öffentliche Gebäude, Verbesserung der Kinderbetreuung und den Erhalt von sozialen und anderen Bürgerdienstleistungen. Pustekuchen! Stattdessen Klientelpolitik pur von Schwarz und Grün, zum Nachteil der überwiegenden Mehrheit der EssenerInnen und erst recht der wirtschaftlich Schwächeren.

(Fortsetzung auf S.2)

Foto: Adil Laraki

Freifahrt mit Rotem But ton

Aktion Freifahrt: Aus Protest gegen den deutlich zu hohen Preis des sog. „Sozialtickets“ hat ein Zusammenschluss von Initiativen am 5.11. eine Sternfahrt nach Duisburg durchgeführt. Erkennungszeichen ist der Rote Button. Er zeigt: Ich nehme Dich mit. Jede Besitzerin einer Monatskarte kann am Wochenende und abends kostenlos (mindestens) eine Person mitfahren lassen. In Essen sind die Roten Buttons u. a. in der Geschäftsstelle der Linken (Severinstraße 1) und bei ver.di (Hollestraße 3) erhältlich. Mehr Infos unter: www.sozialticket.info Foto: Stefan Dolge

„Sozialticket“

Per 1. November wurde im Tarifgebiet des VRR das sog. Sozialticket eingeführt. Damit können BezieherInnen von Hartz4 und vergleichbaren Leistungen leicht ermäßigt Bus und Bahn nutzen. Das Ticket wird nur für Tarifstufe A angeboten und kostet 29,90 Euro. Dahingegen sind im Hartz4-Regelsatz weniger als 15,- Euro für Mobilität vorgesehen. DIE LINKE, Gewerkschaften und Sozialhilfeinitiativen fordern ein Sozialticket für 15,- Euro mit Gültigkeit im gesamten Tarifgebiet. Ein besonderer Skandal ist, dass das „Sozialticket“ in seiner bisherigen Fom nicht mit Zusatztickets kombiniert werden darf. Heißt konkret: Anders als Inhaber von „normalen“ Dauerkarten dürfen Hartz4-BezieherInnen nicht für zusätzliche 3,50 Euro in eine benachbarte Stadt fahren. Offenbar ist es erwünscht, dass finanziell Schwache nicht zu mobil sind.

Die Musik ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Wie im Bund also, nur grüner, weil Grüne hier in Essen zusammen mit CDU und FDP mit gleicher Logik kürzen wie Schwarz-Gelb in Berlin.
Bei den Gebühren für Abfall, Entwässerung, Straßenreinigung und Winterdienst dürfen sich die EssenerInnen dafür im Gegenzug auf drastische Mehrkosten einstellen, welche von der Schwarz-Grün angeführten Ratsmehrheit gegen die Stimmen der Linken durchgesetzt wurde.
Nicht einmal die Absenkung der Grundsteuer B, welche alle MieterInnen in Essen durch Umlage trifft und von der Vierertruppe im vergangenen Jahr drastisch angehoben wurde, wird zum minimalen Ausgleich der drastischen Mehrbelastungen abgesenkt, wie es DIE LINKE beantragt hatte.
Dabei müsste jedem noch so bornierten Neoliberalen aus den Reihen des Vierbündnisses doch längst klar sein, dass zur angestrebten Haushaltskonsolidierung und zum Schuldenabbau der über 4,5 Milliarden Euro im „Konzern Stadt“ unsoziale Kürzungen mit vergleichsweise geringen Beiträgen zwar die soziale Schieflage vergrößern, weil Bürgerdienstleistungen verschwinden (Bürgerämter etc.), bereits aber geringste Veränderungen an den Kapitalmärkten den Schuldendienst erheblich verteuern und so genannte Einsparungen auffressen und neutralisieren. Die Musik spielt also ganz woanders.

Zur nachhaltigen Entschuldung der Stadt Essen reichen – und das ist mittlerweile Allgemeingut – nicht im Ansatz hausgemachte Kürzungsorgien aus, im Gegenteil. Nur bei der Ratsmehrheit ist diese Einsicht immer noch nicht angekommen.
Ohne Hilfen von Außen, und hier ist vor allem der Bund gefordert, wird es der Stadt Essen vielleicht gelingen, einen ausgeglichen Haushalt bis 2015 oder 2016 zu erreichen, die Verschuldung von über 4,5 Milliarden und die zukünftigen Kosten des Schuldendienst (Zinsen) bleiben aber das eigentliche Problem.
Wenn ein Schuldenerlass für Banken und sogar ganze Volkswirtschaften sinnvoll, „systemwichtig“ und machbar ist, dann muss er auch für real überschuldete Kommunen und ihre BürgerInnen in Betracht kommen können. Er muss politisch nur gewollt und durchgesetzt werden. Hier macht DIE LINKE weiter Druck.

Hans Peter Leimann-Kurtz
Fraktionsvorsitzender

Sparsam im Umfang und bei den Erläuterungen: Ganze 2 Seiten brauchte das Viererbündnis für seine 23 Änderungsanträge zum Haushalt 2012.
Foto: Stefan Dolge

Wahl zum Integrationsrat:

Operation gelungen – Patient tot?

Von Ralf Fischer

Am 20.11.2011 fand die Wahl zum Integrationsrat statt.
Wahlsiegerin wurde die nationalkonservative Allianz Essener Türken mit Muhammet Balaban, die mit 48,4% der Stimmen von sechs auf neun Mandate zulegte. Fortschrittliche Kräfte waren erfolglos. Allein die Liste „Gleiche Rechte für alle“ stellt mit 3,5% der Stimmen ein Mandat. Offenbar konnten nur bürgerliche bis konservative Listen ihre Wählerinnen und Wähler mobilisieren.

Im Januar 2012 wird der neue Integrationsrat zu seiner ersten Sitzung zusammen kommen. Nun wird heftig über Muhammet Balaban gestritten. Ihm wird vorgeworfen, sich nicht rechtzeitig und eindeutig genug von den rechtsradikalen „Grauen Wölfen“ distanziert zu haben. Von mehreren Ratsmitgliedern, die im Integrationsrat vertreten sind, wird eine Koalition angestrebt, um Balaban als Vorsitzenden abzulösen.

Hier zeigt sich das Dilemma des Integrationsrates. Haben die Migrantinnen und Migranten das Sagen, führt an der Wiederwahl Balabans zum Vorsitzenden kaum ein Weg vorbei. Setzen sich die Ratsleute durch, spielen sie die Führungsrolle und verringern die Bedeutung der gewählten MigrantInnen. Beides dürfte die Integrationspolitik in Essen nicht voranbringen. Die Operation der Wahl ist gelungen – die Patientin Integration ist tot.

Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

Impressum:

Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen und dem Wahlkreisbüro Ulla Lötzer (MdB); Redaktion: Jörg Bütefür, Ralf Fischer (v.i.S.d.P.); Seite „Aus dem Bundestag“: Ulla Lötzer (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost Druck-GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201-8602904, Fax : 0201-8602906, E-Mail: essener-morgen@dielinke-essen.de

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. April 2011. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 24.01.2012.

Keine Räume an Rechte

Anlässlich der umstrittenen Vermietung der Grugahalle an die Grauen Wölfe hatte unsere Fraktion per Dringlichkeit beantragt, dass sich der Rat der Stadt mit der Vermietung von städtischen bzw. öffentlichen Räumen an faschistische, rassistische und antisemitische Vereinigungen beschäftigt.
Oberbürgermeister Paß informierte in der Sitzung darüber, dass er bereits das städtische Rechtsamt beauftragt habe, zu prüfen, inwieweit zukünftig die Anmietung städtischer Objekte durch extremistische Gruppierungen versagt werden kann. Die Debatte zum Thema wurde daher vertagt, bis das Ergebnis der Prüfung vorliegt. Hier unser Antrag:

Der Rat der Stadt Essen beauftragt die Verwaltung folgendes zu prüfen:
Wie kann in Zukunft eine Nutzung öffentlicher Gebäude und Gebäude von städtischen Töchtern durch faschistische, rassistische und antisemitische Vereinigungen oder Gruppierungen vermieden werden?
Insbesondere soll geprüft werden:

- ob eine diesbezügliche Formulierung in Pachtverträgen kommunaler Einrichtungen und Gesellschaftsverträgen mit unseren kommunalen Töchtern aufgenommen werden kann.
- inwiefern die Pächter bzw. Töchter verpflichtet werden können die Stadtverwaltung bereits bei Anfrage einer entsprechenden Organisation oder Gruppierung umgehend zu informieren. (Somit könnte das weitere Verhalten bzw. Vorgehen abgestimmt werden.)
- inwieweit die Stadt die Pächter und städtischen Gesellschaften verpflichten kann in ihren Verträgen mit Dritten eine Klausel aufzunehmen, welche ihnen insbesondere bei dem Verdacht eines Verstoßes gegen § 130 StGB (Volksverhetzung) das Recht zur sofortigen Auflösung / Kündigung des Vertrages einräumt.

Kein Platz für die Bildersprache der Brandstifter

Von Cornelia Swillus-Knöchel

Wieder einmal mussten wir ertragen, dass die Faschisten den 9. November in Essen pervertierten. Mit der Ausrede, der Toten an der Mauer zu gedenken, durften sie am Tag der Pogromnacht ihr Spektakel aufführen - und das mit Fackeln in der Hand.

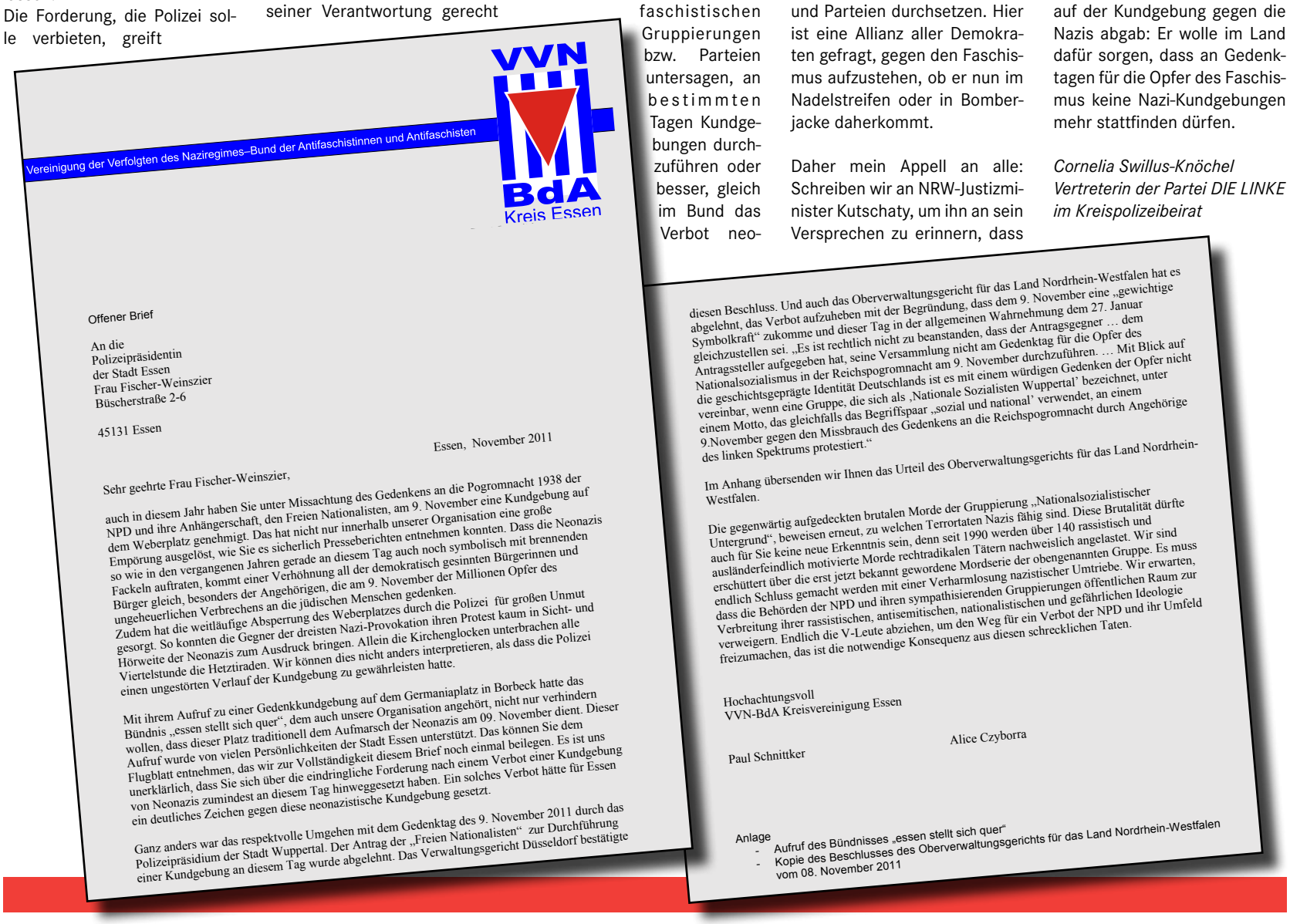
Und die sollen unsere Rente bezahlen? Die sollen erstmal zum Friseur gehen! Foto: Stefan Dolge

In der letzten Sitzung des Kreispolizeibeirates wurde diese Fragestellung (leider auch nicht zum ersten Mal) diskutiert. Deutlich wurde, dass die Polizeipräsidentin durchaus Verständnis dafür aufbringt, Veranstaltungen dieser Art nicht zuzulassen, aber sie könne durch die eindeutige Rechtsprechung aus Ihrer Sicht kein Verbot aussprechen. Es handele sich ja um eine demokratisch zugelassene Partei. Auch sind Fackeln aus Sicht der Polizei nicht automatisch Ausdruck rechter Gesinnung, jedoch hat die Polizei eine Beschränkung in der Anzahl festgelegt, um den Zusammenhang zur Pogromnacht nicht entstehen zu lassen.

Die Forderung, die Polizei solle verbieten, greift zu kurz. Hier muss das Land seiner Verantwortung gerecht werden und per Gesetz neofaschistischen Gruppierungen bzw. Parteien untersagen, an bestimmten Tagen Kundgebungen durchzuführen oder besser, gleich im Bund das Verbot neofaschistischer Gruppierungen und Parteien durchsetzen. Hier ist eine Allianz aller Demokraten gefragt, gegen den Faschismus aufzustehen, ob er nun im Nadelstreifen oder in Bomberjacke daherkommt.

Daher mein Appell an alle: Schreiben wir an NRW-Justizminister Kutschaty, um ihn an sein Versprechen zu erinnern, dass er 2010 in Borbeck als Redner auf der Kundgebung gegen die Nazis abgab: Er wolle im Land dafür sorgen, dass an Gedenktagen für die Opfer des Faschismus keine Nazi-Kundgebungen mehr stattfinden dürfen.

Cornelia Swillus-Knöchel
Vertreterin der Partei DIE LINKE im Kreispolizeibeirat



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes–Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

VVN BdA Kreis Essen

Offener Brief

An die
Polizeipräsidentin
der Stadt Essen
Frau Fischer-Weinszier
Büscherstraße 2-6

45131 Essen

Essen, November 2011

Sehr geehrte Frau Fischer-Weinszier,

auch in diesem Jahr haben Sie unter Missachtung des Gedenkens an die Pogromnacht 1938 der NPD und ihre Anhängerschaft, den Freien Nationalisten, am 9. November eine Kundgebung auf dem Weberplatz genehmigt. Das hat nicht nur innerhalb unserer Organisation eine große Empörung ausgelöst, wie Sie es sicherlich Presseberichten entnehmen konnten. Dass die Neonazis so wie in den vergangenen Jahren gerade an diesem Tag auch noch symbolisch mit brennenden Fackeln auftraten, kommt einer Verhöhnung all der demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürger gleich, besonders der Angehörigen, die am 9. November der Millionen Opfer des ungeheuerlichen Verbrechens an die jüdischen Menschen gedenken.
Zudem hat die weitläufige Absperrung des Weberplatzes durch die Polizei für großen Unmut gesorgt. So konnten die Gegner der dreisten Nazi-Provokation ihren Protest kaum in Sicht- und Hörweite der Neonazis zum Ausdruck bringen. Allein die Kirchenglocken unterbrachen alle Viertelstunde die Hetztiraden. Wir können dies nicht anders interpretieren, als dass die Polizei einen ungestörten Verlauf der Kundgebung zu gewährleisten hatte.

Mit ihrem Aufruf zu einer Gedenkkundgebung auf dem Germaniaplatz in Borbeck hatte das Bündnis „essen stellt sich quer", dem auch unsere Organisation angehört, nicht nur verhindern wollen, dass dieser Platz traditionell dem Aufmarsch der Neonazis am 09. November dient. Dieser Aufruf wurde von vielen Persönlichkeiten der Stadt Essen unterstützt. Das können Sie dem Flugblatt entnehmen, das wir zur Vollständigkeit diesem Brief noch einmal beilegen. Es ist uns unerklärlich, dass Sie sich über die eindringliche Forderung nach einem Verbot einer Kundgebung von Neonazis zumindest an diesem Tag hinweggesetzt haben. Ein solches Verbot hätte für Essen ein deutliches Zeichen gegen diese neonazistische Kundgebung gesetzt.

Ganz anders war das respektvolle Umgehen mit dem Gedenktag des 9. November 2011 durch das Polizeipräsidium der Stadt Wuppertal. Der Antrag der „Freien Nationalisten" zur Durchführung einer Kundgebung an diesem Tag wurde abgelehnt. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf bestätigte diesen Beschluss. Und auch das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen hat es abgelehnt, das Verbot aufzuheben mit der Begründung, dass dem 9. November eine „gewichtige Symbolkraft" zukomme und dieser Tag in der allgemeinen Wahrnehmung dem 27. Januar gleichzustellen sei. „Es ist rechtlich nicht zu beanstanden, dass der Antragsgegner … dem Antragssteller aufgegeben hat, seine Versammlung nicht am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus in der Reichspogromnacht am 9. November durchzuführen. … Mit Blick auf die geschichtsgeprägte Identität Deutschlands ist es mit einem würdigen Gedenken der Opfer nicht vereinbar, wenn eine Gruppe, die sich als ‚Nationale Sozialisten Wuppertal' bezeichnet, unter einem Motto, das gleichfalls das Begriffspaar „sozial und national' verwendet, an einem 9.November gegen den Missbrauch des Gedenkens an die Reichspogromnacht durch Angehörige des linken Spektrums protestiert."

Im Anhang übersenden wir Ihnen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen.

Die gegenwärtig aufgedeckten brutalen Morde der Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund", beweisen erneut, zu welchen Terrortaten Nazis fähig sind. Diese Brutalität dürfte auch für Sie keine neue Erkenntnis sein, denn seit 1990 werden über 140 rassistisch und ausländerfeindlich motivierte Morde rechtradikalen Tätern nachweislich angelastet. Wir sind erschüttert über die erst jetzt bekannt gewordene Mordserie der obengenannten Gruppe. Es muss endlich Schluss gemacht werden mit einer Verharmlosung nazistischer Umtriebe. Wir erwarten, dass die Behörden der NPD und ihren sympathisierenden Gruppierungen öffentlichen Raum zur Verbreitung ihrer rassistischen, antisemitischen, nationalistischen und gefährlichen Ideologie verweigern. Endlich die V-Leute abziehen, um den Weg für ein Verbot der NPD und ihr Umfeld freizumachen, das ist die notwendige Konsequenz aus diesen schrecklichen Taten.

Hochachtungsvoll
VVN-BdA Kreisvereinigung Essen

Paul Schnittker

Alice Czyborra

Anlage
- Aufruf des Bündnisses „essen stellt sich quer"
- Kopie des Beschlusses des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 08. November 2011

Übernahme von Umzugskosten nach Räumungsklage

Von Rechtsanwalt Herbert Karpienski

Die Frage, ob das Job Center die Umzugskosten als Bedarf anzuerkennen hat, kann in unterschiedlichen Varianten auftreten; eine Variante ist die der Kündigung durch den Vermieter wegen Eigenbedarf. Nach § 573 Absatz 2 Nr. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches darf der Vermieter die Wohnung ordentlich kündigen, wenn er die Räume für sich, seine Familienangehörigen oder Angehörige des Haushaltes benötigt; räumen Sie die Wohnung nicht, kommt es zu einem Gerichtsverfahren und das Gericht verpflichtet Sie dann, wenn es die Voraussetzungen für erfüllt hält, die Wohnung zu räumen.

Herbert Karpienski ist Rechtsanwalt in Essen

So weit, so gut; oder so schlecht. Gestritten wird jetzt in der Regel mit dem Job Center, ob und wenn ja, in welcher Höhe die Kosten des Umzuges und der Wohnungsbeschaffung als Bedarf anerkannt werden.
Ob Wohnungsbeschaffungskosten und Umzugskosten der neuen Wohnung vom örtlich zuständigen Job Center als Bedarf anerkannt werden richtet sich nach § 22 Absatz 6 Satz 1 des SGB II, wonach das Job Center diese Kosten als Bedarf anerkennen kann. Das hört sich zunächst einmal so an, als stehe das im Belieben des Job Centers. Satz 2 bestimmt dann allerdings, dass die Zusicherung erteilt werden soll.
Kann, soll – warum steht denn da nicht „muss“? Der Gesetzgeber wollte, dass bei der Entscheidung das Ermessen (kann und soll) der Behörde eine Rolle spielt und diese nicht um jeden Preis an die Rechtsfolge der Kostenübernahme gebunden ist (muss). Heißt es in einer gesetzlichen Norm „kann“, dann hat die Behörde ein Ermessen, welches sie „pflichtgemäß“ auszuüben hat. Bei den „Soll“-Vorschriften handelt es sich zwar auch um eine Ermessensentscheidung, allerdings soll die Behörde nur ausnahmsweise anders entscheiden.
Die Behörde darf nur dann von der im Gesetz stehenden Rechtsfolge abweichen, wenn ein atypischer Fall vorliegt, der von der Behörde entsprechend begründet werden müsste. Liegt sogar ein Räumungstitel vor, hat die Behörde gar kein Ermessen mehr; ihr Ermessen reduziert sich auf Null. Soviel zur Theorie.

Grundvoraussetzung ist, dass zunächst einmal ein Antrag gestellt wird; und zwar bevor Sie den Lastwagen bestellt haben und umziehen. Also, so früh wie möglich die Übernahme der Umzugskosten, Wohnbeschaffungskosten und Mietkaution (die übrigens nur als Darlehen zu gewähren und beim neuen Jobcenter zu beantragen ist) beim Job Center des bisherigen Wohnortes beantragen.

Dieser Antrag ist in jedem Fall von der Behörde förmlich zu bescheiden. Bitte immer daran denken, dass Sie den Zugang des Antrages beweisen können. Am besten in Kopie zum Sachbearbeiter mitnehmen und sich darauf bestätigen lassen. Oft stellen sich schon die ersten Probleme ein, wenn dieser Antrag nicht in angemessener Zeit beschieden wird. Das Hinauszögern einer Umzugszusicherung mit dem Argument, die Wohnungslosigkeit drohe ja erst bei einer Räumung, ist immer rechtswidrig und muss nicht hingenommen werden.
Die Behörde muss die Umzugskosten übernehmen, wenn

- der Umzug notwendig ist,
- die Miete der neuen Wohnung angemessen ist und
- die Behörde der Anmietung der neuen Wohnung zugestimmt hat (Alg 2) oder im Falles Bezuges von Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter (Sozialhilfe) die Behörde in Kenntnis gesetzt hat.

Wann ein Umzug notwendig, also erforderlich ist, kann sich ein normal denkender Mensch an einer Hand abzählen; Behörden problematisieren das allerdings oft: Liegt ein Räumungstitel vor, dann sind die daraus resultierenden Umzugskosten selbstverständlich immer erforderliche Kosten (Lehr- und Praxiskommentar SGB II § 22 Rz 76; LSG Berlin-Brandenburg v. 18.12.2008 – L 25 B 2222/08 AS ER; LSG NRW, Beschluss v. 3.9.2010 – 1085/10 B ER), denn die Ursache für den aufgrund des Urteils erforderlichen Auszug und den damit immer verbundenen Umzug kann nur durch den Umzug selbst behoben werden. Anders geht es eben nicht. Schwieriger kann es durchaus sein, wenn nur eine Eigenbedarfskündigung, aber noch kein Räumungstitel vorliegt. Sofern keine ernsthaften Zweifel an den Voraussetzungen einer zulässigen Eigenbedarfskündigung bestehen, darf das Jobcenter den Leistungsberechtigten nicht in eine Vertragsverletzung mit entsprechendem Kostenrisiko durch Klage treiben.
Liegt letztlich eine Entscheidung vor, ob die Umzugskosten gewährt werden, erwartet den Antragsteller oft Streit, in welcher Höhe die Umzugskosten zu gewähren sind, wobei der Umzug grundsätzlich in Selbsthilfe durchgeführt werden soll.
Zu den notwendigen Kosten eines Umzuges gehören alle Kosten, die wegen des Umzuges anfallen (Eicher/Spellbrink SGB II, § 22 Rz. 84) und die ohne diesen nicht angefallen wären, wie beispielsweise Sperrmüllgebühren, Wiederbeschaffungskosten von Hausrat und Möbeln, die durch den Umzug funktionsuntüchtig geworden sind, Verpackungskosten, Transportkosten, Haftpflichtversicherung von privaten Umzugshelfern. Die Zahlung von Umzugspauschalen wird oft als zulässig angesehen (200 € für Zweipersonenhaushalt, 381 € für Dreipersonenhaushalt). Ich halte diese für unzulässig. Natürlich müssen entsprechende Kostenvoranschläge eingeholt werden, um die Kosten niedrig zu halten. Liegen besondere Voraussetzungen vor, sind durchaus auch die Kosten für ein gewerbliches Umzugsunternehmen zu übernehmen. Voraussetzung dafür ist, dass der Leistungsberechtigte den Umzug beispielsweise wegen Alters, Behinderung, körperlicher Konstitution oder wegen der Betreuung von Kleinstkindern nicht selbst vornehmen oder durchführen kann. Dies hat das Job Center gegebenenfalls zu ermitteln (BSG, Urteil v. 6.5.2010 – B 14 AS 7/09 R). Beruft sich der Leistungsbezieher auf seine fehlende körperliche Leistungsfähigkeit, hat er dies durch ein privatärztliches Attest glaubhaft zu machen. Nicht ausreichend sein dürften leichtere Einschränkungen durch Beschwerden am Bewegungsapparat oder leichte Erkrankung innerer Organe, die sich nur geringfügig auf die körperliche Leistungsfähigkeit auswirken. Ein in der Bedarfsgemeinschaft lebendes zweijähriges Kind ist als „Kleinstkind“ im Sinne des Bundessozialgerichts aufzufassen. Ein selbst organisierter Umzug einer allein erziehenden Person dürfte in diesem Fall nicht mehr möglich sein.

Dr. med. Herbert Karpienski ist als Rechtsanwalt mit den Schwerpunkten Sozialrecht und Patientenrecht tätig. Kontakt: Zweigertstraße 33, 45130 Essen, Tel. 0201-879550.

Kleine Änderung, große Wirkung: Pfändungsschutz 2012

Zum 01.01.2012 ändern sich die gesetzlichen Regelungen zum Pfändungsschutz. Genau genommen tritt § 850l ZPO außer Kraft. Kontopfändungsschutz wird dann nur noch über § 850k ZPO gewährt.

Aha. §§ 850l und 850k ZP...Was? Betrifft mich das überhaupt?!
Ja, es kann Sie betreffen, wenn Sie sich bereits Pfändungen ausgesetzt sehen oder solche in naher Zukunft befürchten. In normaler Sprache lässt sich die Änderung so beschreiben: Die gesetzliche Regelung, die es möglich machte, die Pfändung von unpfändbarem Einkommen bis Ende 2011 auch auf einem normalen Giro-Konto zu verhindern, fällt weg. Stattdessen ist der Pfändungsschutz nur noch auf einem Pfändungsschutz Konto, dem sog. P-Konto, möglich.
Auf dem neuen P-Konto ist für den Inhaber ein monatlicher Grundfreibetrag in Höhe von 1028,89 € eingerichtet. Soweit einem persönlich, beispielsweise wegen Unterhaltspflichten ein höherer Grundfreibetrag zusteht, muss dieser vom Geldinstitut gegen Nachweis, ggf. auf gerichtliche Anordnung, berücksichtigt werden.

Mit der Nutzung des P-Kontos gehen einige Vorteile, aber auch Nachteile einher:
Der Pfändungsschutz besteht unabhängig von der Einkommensart. Hierdurch ist z.B. auch für Selbständige ein Pfändungsschutz gewährleistet. Die oft sehr eilige und stressige Herbeiführung einer Gerichtsentscheidung zum Umfang des persönlichen Pfändungsschutzes entfällt im Regelfall.
Durch das P-Konto verringert sich der Aufwand der Bank bei Kontopfändungen. Damit sollte sich auch die Gefahr verringern, dass die Bank aufgrund des erheblichen Aufwandes bei einer Kontenpfändung das Girokonto kündigt.
Auf die Umwandlung eines bereits bestehenden Giro-Kontos in ein P-Konto hat man übrigens einen Rechtsanspruch gegen seine Bank. Nun der Wermutstropfen: Darauf, dass das Konto zu den gleichen Preisen wie ein normales Giro-Konto geführt wird, besteht kein Anspruch.
Dieser Artikel soll eine erste Information darstellen. Sollten sie von Pfändungen bedroht sein, empfiehlt es sich, dass Sie sich über die Handhabung und vorhandene Schutzmöglichkeiten des P-Kontos weiter informieren.
Zusammenfassung: Ohne P-Konto kein Kontopfändungsschutz ab dem 01.01.2012. Jedenfalls praktisch, denn die – rechtlich umstrittene – Anwendbarkeit weiterer Pfändungsschutzmöglichkeiten wird von den Banken weitgehend vorsorglich verneint.

Stichwort „Überprüfungsantrag“

Ein Beitrag zum SGB II (Hartz 4)

Von Rechtsanwalt Carsten Dams

Bereits in der letzten Ausgabe des Essener Morgen hatte der Autor sich zu den Änderungen, die das Jahr 2011 für Leistungsberechtigte des JobCenters mit sich gebracht hat, geäußert. Auch in dieser Ausgabe soll auf ein Thema angesprochen werden, dass für viele von Hartz 4 Betroffene wichtig ist. Es geht um die Überprüfung von Leistungs- und Rückforderungsentscheidungen des JobCenters.

Im Zuge der Gesetzesänderungen, die ja ohnehin nicht wirklich befriedigend ausgefallen sind, hat der Gesetzgeber nahezu unbemerkt eine für Leistungsberechtigte sehr nachteilige Regelung eingeführt. Der neue Gesetzestext kommt unscheinbar daher, hat es aber in sich. Der neue § 40 Abs. 1 SGB II lautet: „Für das Verfahren nach diesem Buch gilt das Zehnte Buch. Abweichend von Satz 1 gilt § 44 Absatz 4 Satz 1 des Zehnten Buches mit der Maßgabe, dass anstelle des Zeitraums von vier Jahren ein Zeitraum von einem Jahr tritt.“ Aha. Nun fragt sich: Was soll das? Und vor allem: Muss man darüber nun einen Artikel schreiben?

Ja, man muss! Schon deshalb, weil für viele Betroffene Nachteile entstehen können, wenn man es nicht tut. Die aus dem Gesetzestext für den Laien nicht unbedingt verständliche Gesetzesänderung bewirkt nämlich, dass Rechte, die Betroffene in 2010 noch hatten, ab 2011 erheblich eingeschränkt werden. In dem erwähnten § 44 SGB X ist geregelt, dass im Sozialrecht Leistungen, die dem Betroffenen zugestanden hätten, aber nicht gezahlt wurden, auf Antrag noch volle vier Kalenderjahre rückwirkend gezahlt werden mussten. Beispielsweise in 2010 für die vier Jahre davor: 2009, 2008, 2007 und auch das gesamte Jahr 2006.

Carsten Dams ist Rechtsanwalt in Essen

Schon jetzt hat sich das für den Bereich SGB II (Hartz 4) leider geändert: Es ist nur noch ein Jahr für das rückwirkend Leistungen erbracht werden. Wer also bis zum 31.12.2011 eine Überprüfung seiner Leistungen beantragt bzw. durch einen Rechtsanwalt beantragen lässt, kann Leistungen, die ihm oder ihr zugestanden hätten, noch rückwirkend ab dem 01.01.2010 bekommen. Wird der Antrag dagegen erst im Jahr 2012 gestellt, so kann man Leistungen nur noch für 2011, aber nicht mehr für 2010 erhalten.

Die neue, kürzere Frist kann sich besonders in einem Bereich sehr ärgerlich und teuer für Betroffene auswirken: Bei den Kosten der Unterkunft spricht sehr vieles dafür, dass jeder Bescheid, in dem die Miete wegen angeblicher „Unangemessenheit“ nicht voll übernommen wird, rechtswidrig ist. Zum Thema „Wohnkosten“ hatte der Essener Morgen bereits berichtet, daher in der gebotenen Kürze: Das Jobcenter Essen geht davon aus, die Kaltmiete dürfe für eine Person maximal 217,50 € betragen. Zu dieser Ansicht kommt es nach folgender Rechnung: 4,83 € pro Quadratmeter mal 45 qm angemessene Wohnfläche ergeben 217,50 € Kaltmiete. Die Wohnfläche stammt dabei aus den ehemaligen Regelungen zum sozialen Wohnungsbau. In den für NRW aktuell geltenden Regelungen sind 50 qm vorgesehen – interessiert das JobCenter aber nicht. Mit 50 qm gerechnet kommen bei der Rechnung 241,50 € als angemessene Miete raus. Das sind 24 € mehr, jeden Monat, 288 € im Jahr. Mit veränderten Zahlen stellt sich das gleiche Problem auch bei größeren Bedarfsgemeinschaften.

Über die Frage wer Recht hat, JobCenter oder Leistungsberechtigte, wird vielfach noch gestritten. Tatsache ist aber: Wer jetzt nicht seinen in 2010 gekürzten Leistungsanspruch überprüfen lässt, kann es in 2012 nicht mehr und verliert unter Umständen Geld. Beachten Sie: Überprüfungsverfahren, Widerspruchsverfahren und sogar Klagen vor dem Sozialgericht sind für Sie kostenfrei – das gilt wegen des im Regelfall bestehenden Anspruches auf Beratungshilfe bzw. Prozesskostenhilfe praktisch auch für die Kosten der Beauftragung eines Rechtsanwalts. Diese empfiehlt sich gerade bei der genannten Wohnkostenproblematik, denn das JobCenter Essen lehnt solche Überprüfungsanträge regelmäßig wohl zu Unrecht ab. Gerne stehen Ihnen die offenen Sozialberatungsangebote, die der Essener Morgen veröffentlicht – z.B. das Beratungsangebot des gemeinnützigen Vereins BG45 Hartz 4 Netzwerk Essen e.V. (www.bg45.de) – und auch der Autor – zu einer Beratung zur Verfügung.

Der Autor ist als Rechtsanwalt mit Tätigkeitsschwerpunkt Sozialrecht für verschiedene soziale Beratungsstellen in Essen und Mülheim sowie in eigener Kanzlei in Essen-Steele tätig.
Kontakt 0201-5147472

Nicht am Sport, sondern mit dem Sport sparen!

Von Wolfgang Rohrberg

Seit nahezu sechs Jahren diskutiert der ESPO mit der Politik und den betroffenen Vereinen den „Masterplan Sport“. Zum damaligen Zeitpunkt waren die demografische Bevölkerungsentwicklung, das Sportverhalten und die finanzielle Situation der Stadt Essen Beweggründe, durch einzusparende Betriebskosten, Senkung der Personalkosten und weitere Maßnahmen die Kosten bei den Sport- und Bäderbetrieben zu reduzieren.

Wolfgang Rohrberg ist Geschäftsführer des Essener Sportbundes (ESPO)

Seit 2006 ist viel geschehen. Sportanlagen und Turnhallen wurden geschlossen, Nutzungsgebühren erhöht sowie Öffnungszeiten der Freibäder eingeschränkt. Das Bad am Südpark wird mittelfristig geschlossen.
Mit diesen Maßnahmen werden Kosten reduziert, um die Vorgaben der Haushaltskonsolidierung erfüllen zu können. In kaum einem Geschäftsbereich der Stadt sind so vorbildlich und nachhaltig Einsparvorschläge unterbreitet und umgesetzt worden. Nicht immer mit unmittelbarer Zustimmung der betroffenen Nutzer und Vereine. Wir erinnern an die unterschiedlichen Demonstrationen bis hin zu Bürgerentscheidungen. Über keinen Bereich wurde mehr und umfangreicher berichtet als über den Sport- und Bäderbereich.
Der ESPO hat nach Diskussionen mit den Vereinen Vorschläge unterbreitet, die heute größtenteils Realität geworden sind. Die politischen Parteien haben sich den Vorschlägen des ESPO angeschlossen und die Notwendigkeit erkannt, Sonderinvestitionsmittel zur Instandsetzung von Sportstätten und Bädern zur Verfügung zu stellen. Dank der zusätzlichen Investitionsmittel konnten bis heute über 30 Mio. € zur Erneuerung der Sportinfrastruktur investiert werden. Geld, das bisher gut und nachhaltig investiert wurde.
Allerdings sind alle bisher erzielten Erfolge, die durch Schließung von Sporteinrichtungen mühsam erzielt wurden, durch Steigerungen bei den Betriebs- und Personalkosten nahezu wieder aufgezehrt. Dabei sind bisher mehr Sportanlagen geschlossen worden, als ehemals im Masterplan vorgeschlagen.
Im aktuellen Wirtschaftsplan der Sport- und Bäderbetriebe für das Jahr 2012 klafft eine Lücke von über 2 Mio. €, die durch Einsparungsvorschläge nicht mehr geschlossen werden kann. Eine solche Lücke war bereits in den letzten Jahren vorhanden und konnte auch in der Vergangenheit nicht mehr allein durch Einsparungen geschlossen werden.
Bisher wurden aber immer wieder Verkaufserlöse und zusätzliche Mittel genutzt, um diese Lücke zu schließen. In diesem Jahr vertrat der Kämmerer erstmals die Ansicht, dass diese Lücke aus den Mitteln, die für die dringende Instandsetzung von Sportanlagen zur Verfügung stehen, geschlossen werden soll.
Eine Sichtweise, die seitens des ESPO keinesfalls Unterstützung findet. Dankenswerterweise haben sich die politischen Parteien unserer Auffassung angeschlossen und in der letzten Ratssitzung beschlossen, den Wirtschaftsplan der Sport- und Bäderbetriebe um zusätzlich 1 Mio. € aufzustocken.

Für das Jahr 2012 ist somit noch einmal das Schlimmste verhindert worden

Für das Jahr 2012 ist somit noch einmal das Schlimmste verhindert worden. Aber im Jahre 2013 werden wir die Diskussion um eine auskömmliche Finanzausstattung führen müssen. Ohne ausreichende finanzielle Ausstattung sind wir gezwungen, weitere Sporteinrichtungen zu schließen.
Um den Etat in dieser Größenordnung durch Einsparungen ausgleichen zu können, reicht es nicht aus, über die Schließung eines Bades oder einer Sportanlage zu sprechen. Eine Lücke in dieser Größenordnung kann nur ausgeglichen werden, wenn wir mindestens noch zusätzlich 2 bis 3 Bäder oder eine größere Anzahl von Sportanlagen zusätzlich schließen.
Sport- und Bewegungsangebote sind unverzichtbare Bestandteile unserer Gesellschaft. Sie verbinden Erziehung, Gesundheit, Integration, Kultur und Freizeit. Die Essener Vereine mit ihren vielen ehrenamtlichen Helfern erbringen ein hohes Engagement für das Zusammenleben in unserer Stadt. Dieses Engagement läuft ins Leere, würde an falscher Stelle gespart.
Wir müssen alles daran setzen, damit das ehrenamtliche Engagement der vielen Helfer zum Wohle dieser Stadt aufrecht erhalten bleibt. Das wird nur gelingen, wenn ein auskömmliches und modernes Angebot an Sport- und Bewegungseinrichtungen zur Verfügung steht. Daher werden wir uns weiterhin in die Diskussionen einbringen und wie bisher konstruktive Vorschläge mit der Politik diskutierten.

Meine Antwort ist eindeutig: Im Bereich des Sports kann gespart werden, wenn man mit dem Sport spart und nicht am Sport!

Von periodischen zu dauerhaften Spardebatten

Die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Theater und Philharmonie Essen (TUP)

Von Adil Laraki

Seit 1983 arbeite ich für die Theater und Philharmonie Essen (damals noch Städtische Bühnen Essen) begonnen habe ich als Tänzer beim Essener Ballett, heute bin ich Betriebsratsvorsitzender. In diesen 28 Jahren hat es immer wieder Spardiskussionen gegeben. Allerdings kamen solche Debatten früher periodisch auf und waren mit konkreten Anlässen verbunden. Inzwischen sind sie zu einem ständigen Begleiter geworden, der die Auseinandersetzungen mit der eigentlichen Kunst manchmal in den Hintergrund rücken lässt. Hier der Versuch einer kurzen Chronik.

1983 herrschte in Essen eine Aufbruchstimmung für die Kultur. Die Stadt hatte sich nach drei Jahrzehnten Planungen und Diskussionen für den Bau des Aalto-Theaters entschieden. Essen – damals die fünftgrößte Stadt Deutschland – brauchte ein anständiges Operhaus. Die Bauarbeiten begannen 1984. Im gleichen Jahr wurden die städtischen Bühnen in eine GmbH umgewandelt. Der Politik war klar, dass der Theateretat spürbar aufgestockt werden muss.

1986 wurde die Steinkohleförderung auf der Zeche Zollverein eingestellt und die letzte der Essener Zechen geschlossen. In dem nun einsetzenden Strukturwandel spielte Kultur auf verschiedenen Ebenen eine wesentliche Rolle. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war sicherlich die Ernennung Essens (als Bannerträgerin des Ruhrgebiets) zur Kulturhauptstadt.

1988 wurde das Aalto-Theater eröffnet. Dem Grillo-Theater (in dem bis dahin Schauspiel, Oper und Ballett beheimatet waren) hatte zuvor die Schließung gedroht, die Stadt Essen wollte sich das Haus nicht mehr leisten. Nach vielen Debatten und heftigen Protesten gegen die Schließung wurde der Umbau zum Schauspielhaus beschlossen. Zwei Jahre später wurde das Grillo-Theater wieder eröffnet.

Adil Laraki ist Betriebsratsvorsitzender bei der TuP

1994 verordnete die Stadt der TUP Einsparungen im Umfang von 15 Millionen Mark. In vier Jahren fielen auch durch betriebsbedingte Kündigungen 120 Stellen weg. In dieser Zeit sollte auch das Ballett abgeschafft werden, was erfolgreich verhindert werden konnte. Allerdings wurden alle künstlerischen Sparten verkleinert.

1998 entschied sich der Rat der Stadt nach einem Einsparungsmarathon für die TUP – für den Neubau eines Konzerthauses am Berliner Platz. Dagegen regte sich Widerstand seitens der Bevölkerung, 90.000 Unterschriften kamen zusammen. Die Idee des Neubaus wurde schließlich verworfen, der Saalbau wurde zur Philharmonie umgebaut und diese der TUP als Sparte zugeteilt. Der Zuschuss für die Philharmonie wurde viel höher als geplant.

2004 feierte die Philharmonie ihre Eröffnung. 2006, nur zwei Jahre später, wurde der TUP-Etat gedeckelt. Tarifsteigerungen sollten durch Einsparungen aufgefangen werden.

2009 verfügte der Regierungspräsident, dass die gedeckelte Zuschuss-Summe bis zum Jahr 2013 festgeschrieben werden soll. Dies hätte zu Spartenschließungen geführt. Es folgten Protestaktionen von Mitarbeitern und Bürgern.

2010 schlug die neu gewählte Stadtspitze eine Konsolidierungslinie vor, die die TUP übermäßig benachteiligte. Eine große Demo mit rund 1500 Teilnehmern, 60.000 Unterschriften, eine Facebook-Gruppe mit über 4000 Mitgliedern, regionaler und überregionaler Presseberichterstattung zeigten ihre Wirkung: Der Rat sprach sich für den Erhalt aller TUP-Sparten aus und reduzierte die Konsolidierungsvorgaben.

Unser Motto bei der Demo im vergangenen Jahr lautete: „Wir wollen sparen, wir lassen uns aber nicht kaputt sparen". Mit diesem Ausspruch wollten wir deutlich machen, dass die TUP selbstverständlich ihren Beitrag zur Sicherung des Haushaltes leisten möchte und bereits geleistet hat.

Personalabbau, Reduzierung der Vorstellungszahl und viele weitere Maßnahmen haben bereits wesentliche und dauerhafte Einsparungen ermöglicht.

Die für 2012 und die folgenden Jahre angesetzten Tarifsteigerungen werden allerdings trotz aller Sparbemühungen die verlangte Weiterführung der Konsolidierungslinie ab 2013 unmöglich machen. Der Erhalt aller Sparten der TUP ist nur möglich, wenn die Politik zukunftsweisend reagiert und langfristig orientierte Beschlüsse fasst.

ver.di Essen zum Stärkungspakt Stadtfinanzen NRW

Von Lothar Grüll

In einem Staat, der sich selbst arm rechnet, und in Europa vergleichbare Steuern erst gar nicht erhebt, dort sind auch die Bundesländer arm und das Gemeinwesen nimmt Schaden.

In den Städten und Gemeinden sind die Bedingungen sehr unterschiedlich. Gleichwohl kann man feststellen: Alle leiden unter einer Unterfinanzierung. Selbst Kommunen, denen es jetzt noch gut geht, wird eine ungewisse Zukunft drohen. Zur Erinnerung: Als nur einige Kommunen, wie Oberhausen, Hagen, Remscheid, und Duisburg, als die großen Schuldenmacher entdeckt wurden und Städte wie Düsseldorf oder Langenfeld ihre Schuldenfreiheit bekannt gaben, Essen das Geld noch mit vollen Händen ausgab, gab es zwischen den Kommunen noch keine Solidarität.

Die Finanzkraft der Kommunen, die Zuweisungen durch das Gemeindefinanzgesetz, sind allerdings weiter gefallen und bringen immer mehr Kommunen in die Schuldenfalle. Mit einem rasenden Tempo haben früher besser gestellte Städte die vermeintlichen früheren Schuldenstädte eingeholt. Eine saubere, schuldenfreie Weste haben nur die Kommunen mit hohen Erträgen oder geringen Gemeinwohlausgaben.
In diese Situation platzt also jetzt die neue Landesregierung NRW mit dem Schuldenpakt und einer neuen Gemeindefinanzierung, die Beihilfen zur Reduzierung der in jedem Jahr weiterhin aufkommenden Fehlbeträge (Haushaltskredite) leisten sollen und zukünftig bei den Zuweisungen die Soziallasten stärker berücksichtigt. Hierbei soll allerdings der Abbau der jedes Jahr aufzunehmenden Kredite (originäres Haushaltsdefizit) nach Ablauf von 5 Jahren auf Null reduziert sein.
Das führt bei vollkommen unterschiedlichen Ausgangssituationen der Kommunen zu Einsparungsorgien, deren Ergebnis die Handlungsfähigkeit für Bürgerinnen und Bürger und das Gemeinwohl erheblich in Frage stellt. In einem Satz: Das formulierte Ziel ist in der vorgegebenen Zeit nicht zu erreichen.
ver.di begrüßt zwar den Stärkungspakt, aber unter den derzeitigen Bedingungen ist er eindeutig nicht anwendbar. Das gilt für die erste, aber auch die zweite Stufe, deren Bedingungen zwar komplizierter und

Lothar Grüll ist Geschäftsführer im ver.di-Bezirk Essen

zeitverschobener sind, im Wesentlichen das gleiche Ergebnis haben: Die Überforderung des größten Teils der Kommunen.
Die Anforderung ist immer noch eine stärkere Finanzierung der Kommunen durch Übernahme von Finanzierungen im Sozialbereich und die Anerkennung der Aufgaben von Städten und Gemeinden für das Gemeinwohl einer Stadt oder Region auch durch den Bund.
In der jetzigen Fassung ist das Gesetz abzulehnen, weil die Mittel nicht auskömmlich sind. Bei den erheblichen Einsparungen und damit der Erbringung von Eigenbeiträgen ist bei den Gemeinden ein Kahlschlag zu erwarten. Hier muss erheblich nachgebessert werden.

Nur eine höhere Besteuerung von Vermögenden und die gerechte Verteilung der Lasten des Gemeinwohls auf alle Schultern, verbunden mit einem Stärkungspakt und einer gerechten Verteilung der Steueraufkommen auf die Gemeinden, kann die Erledigung der Aufgaben der Kommunen jetzt und in der Zukunft sichern.

Neofaschismus: Terror und Gewalt kamen nicht über Nacht

Von Anna Conrads

Die Terrorserie der thüringischen Neofaschisten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe führte auch an Rhein und Ruhr: Mit mindestens zwei heimtückischen Bombenanschlägen in Köln verletzten sie 23 Menschen schwer, in Dortmund erschossen die Neonazis im April 2006 den Kioskbesitzer Mehmet K.

Doch mit dem Ende der rechten Terrorzelle ist die Gefahr nicht vorbei. Auch Autonome Nationalisten in Dortmund und anderen Hochburgen schrecken vor brutaler Gewalt nicht zurück.

Im Dezember 2010 klirren am Dortmunder Szenelokal „Hirsch-Q“ die Scheiben. Zum wiederholten Male greifen Neonazis die mehrheitlich linken Gäste an. Stühle, Aschenbecher, Gläser fliegen, doch die Gäste halten die Faschisten auf Distanz. Als diese einen Gast zu fassen kriegen, wird es lebensgefährlich: Ein Neonazi rammt dem Kneipengast ein Messer in den Bauch. Er und weitere Gäste werden schwer verletzt.
Unter den zwölf Angreifern erkennen die Gäste den Nazi Sven Kahlien, der 2005 den Punk Thomas „Schmuddel“ Schulz am Hauptbahnhof ermordete und für fünf Jahre in den Knast kam. Dafür gehört er zu den Helden einer menschenverachtenden Neonazi-Szene, die seit Jahren in Dortmund-Dorstfeld Ausländer und Andersdenkende bedroht, jagt und angreift – und längst auch außerhalb des Stadtteils zuschlägt. In puncto Gewalt stehen die rund 70 aktiven Neonazis aus Dortmund – wie auch die aus Aachen oder Wuppertal – den Neonazis aus Thüringen oder Sachsen in nichts nach. Man kennt sich und Waffen und Sprengstoffe fand die Polizei auch bei Neonazis aus NRW. Es ist der Nährboden, der neuen Terror entstehen lässt.

Anna Conrads ist Landtagsabgeordnete für DIE LINKE NRW

Die Berichte über den brutalen Terror des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) haben uns erschüttert – doch überraschend ist die Gewalt der Neonazis nicht. Über Jahre hat sich die Lage zugespitzt, auch in NRW. Deshalb hat DIE LINKE im Landtag für Hilfs- und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt gekämpft. In Dortmund konnte nun die Erste ihre Arbeit aufnehmen. Auf Antrag unserer Dortmunder Ratsfraktion bewirbt sich Dortmund nun als „Stadt gegen Rassismus“ – kein hohler Titel, sondern nachprüfbare Verpflichtung dazu, mit allen BürgerInnen gleich gut umzugehen. Egal, woher sie kommen.
Entscheidend wird aber sein, dass wir uns alle den Neonazis entgegen stellen, in unseren eigenen Städten wie in Schwerpunkten wie Dortmund. Über 10.000 Menschen haben dort im September gegen die Neofaschisten demonstriert. Die jüngsten Opfer mahnen: Schließen auch Sie sich den Protesten gegen Neonazis an.

-Anzeige-

bioladen frohnhausen

bioladen

Bioladen am Frohnhauser Markt
Mo–Fr 9.00–18.30 Uhr
Sa 8.30–13.30 Uhr

bioladen frohnhausen
Mülheimer 48, 45145 Essen
Telefon 0201-738924
E-Mail: cp.home@versanet.de

**Wir liefern Ihnen unsere Frische jeden Mittwoch auch nach Hause*

Bundeshaushalt 2012:

Mit Merkel tiefer in die Krise

Der Haushalt 2012 ist unsozial, ungerecht und brandgefährlich.

Essener Morgen zeigt die Knackpunkte linker Kritik und berichtet über Ulla Lötzers Auseinandersetzung mit dem Etat des Bundeswirtschaftsministers in der Haushaltsdebatte des Bundestages.

Er ist unsozial, denn am meisten wird gekürzt, wo die Menschen, die am wenigsten haben, am härtesten getroffen werden: 4, 7 Milliarden allein im Etat für Arbeit und Soziales.

Er ist ungerecht, denn die 924.000 Vermögensmillionäre werden nicht zur Kasse gebeten und dürfen sich auf neue Steuergeschenke freuen.

Er ist brandgefährlich, denn weder mit Wachstumsimpulsen für die Binnennachfrage noch mit Investitionen für den ökologischen Umbau wird dem Abschwung entgegen gesteuert. Stattdessen wird weiter nur die Klientel der FDP bedient.

Unsozial

Ihre Kürzungen bei der Arbeitsförderung begründet die Bundesregierung mit den gestiegenen Beschäftigungszahlen. Doch dieser Jubel muss, so Ulla Lötzer im Bundestag, wie ein Hohn in den Ohren vieler Beschäftigten klingen:*„Ja, viel mehr Menschen haben Arbeit – aber viele können davon nicht ohne Zuschuss leben. Oft war vom Aufschwung der Niedriglöhne und der prekären Beschäftigung die Rede. Lassen Sie mich ergänzen: Frauen müssen neben einem Vollzeitjob noch im Minijob putzen oder kellnern, um sich und die Kinder mit zwei, drei oder vier Minijobs über Wasser halten. Das ist Ihr Familienprogramm für Arme. Es gibt so viele Millionäre wie nie zuvor, gleichzeitig müssen immer mehr Menschen an der Suppenküche anstehen.*

Diese Entwicklung bleibt nicht beim Niedriglohnsektor stehen. Das DIW hat nachgewiesen, dass seit 2005 die Zuwächse bei mittleren bis höheren Lohngruppen längst durch steigende Preise aufgefressen werden. Der gesetzliche Mindestlohn, die Zurückdrängung der Leiharbeit und anderer Formen prekärer Beschäftigung, die Sozialversicherungspflicht von Minijobs ab der 1. Stunde und der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ sind auch wirtschaftlich dringend geboten.“

Ungerecht

Als Patentrezept gegen diese realen Einkommensverluste feiert die Bundesregierung ihre Steuersenkungspläne: ‚Rösler liefert, und es gibt mehr netto vom brutto,‘ freut sich die FDP.

Ulla Lötzer dazu im Bundestag: *„Wir sind immer für Steuergerechtigkeit eingetreten und haben die Abschaffung der Progression gefordert. Im Gegensatz zu Ihnen sind wir aber auch immer für eine Gegenfinanzierung eingetreten. Sie wollen die Vermögenden weiter schonen. Wir fordern, dass eine Gegenfinanzierung über Vermögensabgabe und Vermögenssteuer durchgeführt wird. Nicht nur dass die Vermögenden inzwischen selber darum betteln, nicht nur Warren Buffett auf internationaler Ebene, auch auf nationaler Ebene gibt es viele. Auch hier hat das DIW festgestellt: Mögliche Anpassungs- und Ausweichreaktionen auf höhere Spitzensteuersätze werden häufig überbewertet. Vermögende zu belasten, hat nicht die von ihnen immer behaupteten negativen Auswirkungen auf die Binnenkonjunktur. Die einzige Folge wäre, dass den Finanzmärkten Geld zur Spekulation entzogen würde. Auch das wäre neben der Transaktionssteuer ein Schritt zur Bereinigung der Finanzmarktkrise.“*

„Das ist ein Haushalt zur Förderung des wirtschaftlichen Abschwungs, der Verarmung vieler und des Blindflugs im Bereich der sozial-ökologischen Erneuerung,“ lautet Ulla Lötzers vernichtendes Fazit.

Statt mehr Gerechtigkeit zu schaffen, reißt dieser 6 Milliarden Euro teure Rettungsschirm für die FDP nur die Löcher in den öffentlichen Kassen weiter auf: Beim Bund und auch in Ländern und Kommunen. Allein dem Land NRW gehen so 440 Millionen € verloren, und auch die klamme Stadt Essen zahlt die Zeche mit.

Brandgefährlich

„Auf europäischer Ebene gießen Sie Öl ins Krisenfeuer, statt zu löschen,“ schrieb Ulla Lötzer im Bundestag der Regierung ins Stammbuch. Denn Merkels und Röslers Sparpolitik im Innern hat auch die Folge, dass Deutschland nicht mehr Waren aus dem europäischen Ausland importiert. Das wäre aber notwendig, um dort Wachstum zu stärken.

Schlimmer noch, auf Druck der Bundesregierung wurden den europäischen Krisenstaaten zugleich Kürzungsprogramme von 400 Milliarden € auferlegt, mit denen sie sich wirtschaftlich zu Tode sparen müssen. *„Wenn Sie die Binnennachfrage in der Eurozone auf Jahre hinaus ersticken, kehrt das wie ein Bumerang auch nach Deutschland zurück, denn 60% der deutschen Exporte gehen nach wie vor in die Eurozone,“* warnt Ulla Lötzer vor der Krisenspirale, in die sich Europa auf deutschen Druck immer tiefer hineinspart.

Eine Orientierung auf eine sozial-ökologische Erneuerung fehlt im Haushalt.

Den Ausbau der Solarenergie will Wirtschaftsminister Rösler ganz abwürgen, und er blockiert selbst von Umweltminister Röttgen geforderte verbindliche Vorgaben für Energieeffizienz.

Ulla Lötzer stellte dazu im Bundestag fest: *„Die FDP würgt die Erfolgsgeschichte der Unternehmen im ökologischen Sektor ab. Diese Erfolgsgeschichte wurde geprägt von kommunalen, kleinen und mittleren Unternehmen und Genossenschaften, nicht von den großen Vier Diese haben die Entwicklung verschlafen. Jetzt versuchen Sie ihnen dadurch, dass sie Hochleistungsnetze in den Mittelpunkt stellen, wieder auf die Sprünge zu helfen.“*

ver.di Essen diskutiert Finanzkrise

Über die Euro- Krise diskutierte Ulla Lötzer mit (von l. nach r.) ver.di-Geschäftsführer Lothar Grüll, Jochen Marquardt (DGB Hagen), Moderator Kostas Mitsalis von Radio Essen und SPD-MdB Rolf Hempelmann bei ver.di in Essen. Sie warb für die Eckpunkte LINKER Politik gegen die Krise: Abkopplung der Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten durch eine mit der EZB verbundene öffentliche europäische Bank, Regulierung der Finanzmärkte, öffentlich-rechtliches Eigentum am Bankensektor und wirksame Besteuerung großer Vermögen. Deutlich wurde auch, dass Politik und Gewerkschaften gemeinsam gegen die Niedriglohnpolitik in Deutschland aktiv werden müssen, um so die Exportüberschüsse zu reduzieren, für deren Import sich Länder wie Griechenland immer mehr verschulden müssen.

Fraktion vor Ort:
Eurokrise – was tun?
Samstag, 10.12., 11–17 Uhr
Essen, RVR, Kronprinzenstr. 35

Hintergrundwissen, Argumente und Diskussionen zu den Handlungsalternativen der LINKEN stehen auf dem Programm. Mit dabei: Ulla Lötzer, Andrej Hunko und Sahra Wagenknecht aus der Bundestagsfraktion. Wegen des begrenzten Platzangebotes ist eine Anmeldung erforderlich. Ob noch Restplätze verfügbar sind, erfahren Sie bei: Niels Holger Schmidt, Regionalbüro NRW der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Tel. 0231/1336140 oder niels.schmidt@linksfraktion.de

Aus der Arbeit im Bundestag:

Linke gegen „Leiharbeit hoch zwei“

Die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit gewinnt an Zustimmung. Um diesem Druck zu entgehen, versuchen Leiharbeitsfirmen und Arbeitgeber deshalb verstärkt, mit dem Instrument der Werkverträge Lohndumping und Spaltung der Beschäftigten durchzusetzen. DIE LINKE hat im Bundestag Maßnahmen dagegen gefordert und berät auf einer Anhörung am 6.12. in Berlin mit Betroffenen und Betriebsräten über Möglichkeiten zur Gegenwehr.

Sichere Rente für alle!

Fast täglich steht in den Zeitungen, dass die von Arbeitsministerin von der Leyen vorgeschlagene Zuschussrente nicht vor Altersarmut schützt. Wie das für alle geht, die heute für Niedriglöhne schuften müssen, zeigt das vom rentenpolitischen Sprecher der LINKEN im Bundestag, Matthias W. Birkwald, vorgelegte Rentenkonzept. Es ist auch im Wahlkreisbüro von Ulla Lötzer in der Severinstr. 1 in Essen zu erhalten und steht unter http://www.matthias-w-birkwald.de/article/305.solidarische-rentenversicherung.html im Internet.

Stromtarife müssen sozial werden!

Auch Hartz-4- Empfänger zahlen mit ihrer Stromrechnung Subventionen für energieintensive Unternehmen. Das hat die Bundesregierung im Schatten der Energiewende so beschlossen: Großverbraucher in der Industrie werden von steigenden Netzkosten befreit, und ihre Kosten auf alle Verbraucher umgelegt. DIE LINKE sagt „Nein“ zu diesem Irrsinn und fordert ein Strompreismoratorium und Sozialtarife.

Termine

Samstag, 10. Dezember
„Euro-Krise – was nun?“ Regionalkonferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 11–17 Uhr, Regionalverband Ruhrgebiet, Kronprinzenstraße 35
Mit Ulla Lötzer, Sahra Wagenknecht und Andrej Hunko und Diskussionsrunde mit Dieter Hillebrand (DGB-Regionsvors. Mühlheim/Essen Oberhausen), Kai Beutler (ATTAC).
Anmeldung erforderlich unter veranstaltung@linksfraktion.de!

Mittwoch, 14. Dezember
Mitgliederversammlung DIE LINKE Essen, 19.00 Uhr, Gaststätte „Sternquelle“, Schäferstraße 17, Innenstadt (Nähe Hauptbahnhof)

Mittwoch, 21. Dezember
„Freiheit statt Frontex!“ Vortrag und Diskussionsveranstaltung mit „alle bleiben!“ Göttingen organisiert von der Antirassistischen Perspektive Mülheim/Ruhr, 20.00 Uhr, Auerstr. 51, AZ Mülheim

Mittwoch, 11. Januar
Mitgliederversammlung DIE LINKE Innenstadt, 19.00 Uhr, Gaststätte „Sternquelle“, Schäferstr. 17, Innenstadt (Nähe Hauptbahnhof)

Herzliche Einladung zum

Neujahrsempfang von Ratsfraktion und Kreisverband DIE LINKE Essen.

Donnerstag, 12. Januar, ab 18.30 Uhr

Kunsthaus Rübezahl, Rübezahlstraße 34, Rellinghausen

Interessierte sind herzlich Willkommen! Fürs leibliche Wohl ist gesorgt. Nerds und Faschos müssen leider draußen bleiben.

Mittwoch, 18. Januar
Runder Umwelttisch Essen (RUTE-Treff), 18.00 Uhr, Verkehrs- und Umweltzentrum, Kopstadtplatz 12

Mittwoch, 18. Januar
DIE LINKE Stadtteilgruppe West, 19.30 Uhr, Gaststätte „Haus Kalthoff“, Lenbachstraße 3 (Holsterhausen)

Freitag, 3. Februar
Stadtteilrundgang Altendorf, 16.00 Uhr, Treffpunkt: Christuskirchplatz

Hier erreichen Sie den VAMV in Essen:

Schultenweg 37
45279 Essen (im Bürgerhaus Oststadt)
Telefon 0201 – 504746

Eine Lobby für Alleinerziehende

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter in Essen

Von Erika Biehn

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, kurz VAMV genannt, ist eine Selbsthilfeorganisation, die 1967 als „Verband lediger Mütter“ von Luise Schöffel in Herrenberg/Schwarzwald gegründet wurde. Der Essener Ableger wurde am 5. August 1976 gegründet, damals noch unter dem Namen „Verband alleinstehender Mütter“. 1996 wurde die Bezeichnung in Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. geändert, so heißt er auch heute noch.

Der VAMV ist eine wichtige überregionale Organisation von Einelternfamilien in Deutschland; seine Mitglieder sind unverheiratete, getrenntlebende, geschiedene und verwitwete Mütter und Väter, aber auch „Nicht-Betroffene“, interessierte BürgerInnen. Der Verein ist als besonders förderungswürdig und gemeinnützig anerkannt und weder parteipolitisch noch weltanschaulich gebunden. Er ist unter anderem Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband. Er besteht auf Bundes-, Landes- und Ortsebene.
Der VAMV in Essen sieht seine Aufgabe vor allem in der „Hilfe zur Selbsthilfe“.
Verbandsmitglieder und diejenigen, die beim Verband Rat und Hilfe suchen, gestalten das, was im Verband geschieht. Das tun sie, geprägt von ihrer ganz persönlichen Lebensanschauung und vor dem Hintergrund ihrer eigenen Lebensgeschichte. Die Arbeit in Essen wird ausschließlich ehrenamtlich geleistet, was bei steigenden Anfragen nur schwerlich bewältigt werden kann.

Der Selbsthilfecharakter ist ein wichtiger Aspekt in der Arbeit des Ortsverbandes. Dies wird mit Angeboten wie z.B. mit dem Offenen Treff jeweils am ersten Donnerstag bzw. mit dem Sonntagsfrühstück am zweiten Sonntag im Monat aufrecht erhalten (die Räumlichkeiten befinden sich im Schultenweg 37). Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Netzwerkarbeit. Der VAMV Ortsverband ist mit unterschiedlichen Organisationen eine Kooperation eingegangen, die für beide Seiten eine „Win-Win“-Situation darstellen. Viele Menschen suchen nach der akuten Phase der Trennung die Beratung im VAMV, wenn Probleme auftreten, die aus Entscheidungen während bzw. nach der Trennung resultieren: wenn es z.B. Probleme mit dem gemeinsamen Sorgerecht gibt oder wenn die Ausgestaltung des Umgangsrechts Probleme bereitet. Veränderungswunsch nach mehr bzw. weniger Umgangszeiten des Expartners; Probleme mit dem Umgangspfleger, begleiteter Umgang, Finanzierung des Umgangs sind typische Themen.
Das Thema Existenzsicherung ist bei Beratungen ein Dauerbrenner. Hier informiert der VAMV über zustehende Leistungen und bietet individuelle Beratung an. Ebenso ist er behilflich beim Beantragen von Geldern oder der Weitervermittlung an andere Institutionen.

Erika Biehn ist Vorsitzende des VAMV Essen

Es geht um Anspruchsvoraussetzungen, Informationen und Hilfe bei der Antragstellung. Unterhalt für Kinder, Unterhalt für den betreuenden Elternteil, Unterhaltsvorschuss, SGB II (Hartz IV) und SGB XII, Elterngeld und Kindergeld sind zentrale Themen.
Weiterhin ist immer wieder mal eine Begleitung zu Behörden notwendig. Sowohl zum Job-Center als auch zum Jugendamt kann eine Begleitung auf Wunsch der Alleinerziehenden erfolgen. Diese Begleitungen resultieren einerseits aus der Unsicherheit der Menschen im Umgang mit Behörden und andererseits aufgrund der Erfahrung, dass viele Alleinerziehende ihre Rechte nicht ausreichend kennen.
Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Thema bei den Beratungen im VAMV. Problem ist – trotz des Ausbaus der U3-Betreuung auch in Essen – die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen. Aber auch die oft starren Öffnungszeiten der Einrichtungen, die sich manchmal nicht an den flexiblen Bedürfnissen von Arbeitnehmer/innen orientieren, verhindern diese Vereinbarkeit.
Diese Arbeit ist nun akut gefährdet. Der Ortsverband hat einen Kooperationsvertrag mit der Stadt Essen, worüber der Verein knapp 2000 Euro im Jahr erhält. Dies entspricht nicht einmal der (geringen) Höhe der Miete. Zurzeit befindet sich der Verein in der Diskussion mit der Stadt, um einen neuen Kooperationsvertrag zu erhalten. Sollte dies nicht möglich sein, wird der Verein seine Arbeit einstellen müssen

Bezirk 1

EU-Förderung des Nordviertels – Mehr als nichts, aber weniger als nötig!

Die Bezirksvertretung I befürwortete am 27.09.2011 einstimmig den Antrag der Stadt Essen auf Aufnahme des Nordviertels ins Förderprogramm des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Der EFRE dient der Förderung von Regionen mit geringer Wirtschaftskraft und großen sozialen Problemen. Gefördert werden sollen im Nordviertel die Bereiche Arbeitsmarkt, Wohnen und Ökologie.

Arbeitsmarktprojekte sollen die berufliche (Wieder-)Eingliederung von Jugendlichen und Frauen fördern. Auf Anfrage des Vertreters der Linken erklärte die eingeladene Referentin, dass im Wesentlichen berufsvorbereitende Maßnahmen, z. B. zum Kennenlernen technischer Berufe, gefördert würden. Da der Anteil von MigrantInnen im Nordviertel bei ca. 50% liegt und ein hoher Sprachförderungsbedarf besteht, mögen diese Maßnahmen zum beruflichen Einstieg unerlässlich sein. Eine Chance auf Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt würde jedoch nur eine Anschlussförderung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen bieten. Der Anteil an Empfängern von ALG II-Leistungen beträgt im Nordviertel immerhin ca. 15%.
Die Wohnbedingungen sollen durch aktiven und passiven Schallschutz (schalldämmende Fenster oder Flüsterasphalt) verbessert werden. AnwohnerInnen der Gladbecker Str., Hans-Böckler-Str., Segerothstr. und Stauderstr. sind derzeit ganztägig einem Lärm von ca. 70 dbA ausgesetzt. Medizinisch unbedenklich sind Werte von unter 65 dbA. Zu kritisieren ist aus Sicht der Linken, dass eine finanzielle Eigenbeteiligung der Hauseigentümer nicht vorgeschrieben ist. Erfolge werden vermutlich dennoch erzielt, weil einerseits die Förderung 25% der Gesamtkosten für Hauseigentümer bietet und andererseits eine EU-Richtlinie die Lärmminderung vorschreibt.
Die Referentin stimmte der Kritik des Vertreters der Linken zu, dass Projekte im Bereich Bildung und Gesundheit in der EFRE-Förderung fehlen. Auch hier gäbe es erheblichen Bedarf. Die Übergangsquote von GrundschülerInnen zum Gymnasium beträgt in Essen 43,6%, im Bezirk 1 dagegen nur 35,5%. Das Verhältnis der Übergangsquoten zur Hauptschule beträgt 5,2% zu 9,4%. Die Anzahl der SchülerInnen ohne Schulabschluss ist hier besonders hoch. Der EFRE könnte durch Sprachförderung einen Beitrag zur Verbesserung der Bildungschancen leisten. Im Essener Norden sind bei SchulanfängerInnen Übergewicht, Koordinations- und Sprachstörungen weiter verbreitet als im Süden. Die Förderung eines Präventionskonzeptes im Nordviertel könnte einen Beitrag zur Verringerung dieser gesundheitlichen Störungen leisten.

Frank Tiedemann
Bezirksverteter der Partei DIE LINKE im Stadtbezirk I

Bezirk 2

Neuer Bezirksbürgermeister ab 2012 / Messeausbau

Aufgrund eines beruflichen Wechsels nach Süddeutschland wird der amtierende Bezirksbürgermeister Michael T. Roy sein Amt demnächst aufgeben. Als Nachfolger steht Gerd Barnscheid von der SPD zur Wahl. Aus meiner Sicht wird er die bisherige Politik in der BV II kontinuierlich fortsetzen.
Gespannt dürfen wir sein, ob die CDU ernsthaft eine/n GegenkandidatIn aufstellt. Ich wünsche Michael T. Roy für seinen weiteren Weg alles Gute und der BV II weiterhin konstruktive Sitzungen.

Der Messeausbau bleibt auch in der BV II weiterhin Thema. Fraktionsübergreifend bestand und besteht Einigkeit, dass ein Eingriff in den Grugapark mit uns nicht zu machen ist. Wie es sich mit Grünflächen außerhalb des Grugaparks verhält, muss sich zeigen. DIE LINKE in der Bezirksvertretung und die Stadtteilgruppe werden diesen Prozess auf jeden Fall weiterhin kritisch begleiten.

Cornelia Swillus-Knöchel
Bezirksvertreterin für DIE LINKE im Stadtbezirk II

Bezirk 3

Hände weg von den Bürgerämtern!

Hände weg von unseren Bürgerämtern – sagen die Bürgerinnen und Bürger! Eine kleine, aber feine Aktion kommt groß raus und gut an.
Von neun Bürgerämtern sollen sechs geschlossen werden, so sieht es die Verwaltung aufgrund eines Bürgervorschlages vor. In der Oktober-Sitzung der Bezirksvertretung III war man sich parteiübergreifend – außer EBB – einig, dass es sich hier nur um einen dreisten Scherz handeln könnte.
Die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksvertretung III und die Stadtteilgruppe der Partei nahmen dies zum Anlass, Bürgerinnen und Bürger direkt nach ihrer Meinung zu befragen, und zwar vor dem Bürgeramt in der Freytagstraße. Von allen Befragten fanden etwa 80% die Schließung ihres Bürgeramtes „schlecht“ und nur 0,04% „gut“. Der Rest ist sich nicht sicher. Die Frage nach den zukünftigen Wegen nach Borbeck, Steele oder Innenstadt fanden dann nur noch 0,009% in Ordnung!

Es wurde auch benannt, dass Öffnungszeiten angeglichen sein sollten, dass wieder an der falschen Stelle gespart wird wie bei der Oase, und dass es Wegeprobleme für ältere Bürgerinnen und Bürger geben wird. Ämter in Wohnortnähe empfinden die Menschen aufgrund der heutigen Zeitknappheit als angenehm. „Wie sollen das die Ämter (Borbeck, Steele und Innenstadt) schaffen, sie sind meist jetzt schon überfüllt“, lautete eine weitere Kritik. Besonders bemerkenswert finde ich diese Meinung, die mich online erreichte: „Sollen noch mehr Arbeitslose auf die Straße? Wer soll das bezahlen, es gibt bald mehr Arbeitslose als Angestellte.“

Herr Klieve, die Bürgerinnen und Bürger erteilen Ihrem Einsparvorschlag eine glatte Absage!

Susanne Kreuzer
Bezirksvertreterin und Fraktionsvorsitzende für DIE LINKE im Stadtbezirk III

Bezirk 4

Gedenken an die Reichspogromnacht am 9. November 2011

Um einen erneuten Aufmarsch der NPD am Borbecker Germaniaplatz, wie er in den Vorjahren stattfand, diesmal zu verhindern, hatte das Essener Friedensforum frühzeitig eine Kundgebung angemeldet und schon im Vorfeld zu diesem Tag die Germania-Statue schwarz verhüllt wie ein Kunstwerk von Christo. Dazu passend verlies Herr van Treek, Leiter der Erich-Kästner-Gesamtschule, die „Todesfuge“ von Paul Celan in sehr ergreifender Weise.
Die Veranstaltung musste jedoch kurz gehalten werden. Wenige Tage vorher war bekannt geworden, dass die NPD mit dem Weberplatz in der Innenstadt einen neuen Ort für ihre Kundgebung angemeldet hatte. So hielten Christian Lorenz, Jugendbeauftragter des DGB, Steffen Hackbusch von der VVN, Gabriella Guidi von „Essen stellt sich quer“ und Pfarrer Ecker von der evangelischen Gemeinde Borbeck-Vogelheim nur kurze Ansprachen. Anschließend wurden die TeilnehmerInnen dazu aufgefordert, geschlossen zur Kreuzeskirche zu fahren, um dort weiter gegen die Nazis zu protestieren.
Dort angekommen fanden wir ca. 35 NPD'ler fackelbewehrt auf dem Weberplatz vor, die von ca. 50 Polizeibeamten geschützt wurden.

Die Gemeinde der Kreuzeskirche hatte sich kurzfristig entschlossen, eine ökumenische Gegenveranstaltung zu organisieren. Ab 19.00 Uhr läuteten bis 21.00 Uhr alle 15 Minuten die Kirchenglocken, was die Nazis heftig ärgerte. Parallel dazu fand in der Kirche die Versöhnungsliturgie von Coventry statt, während draußen über Lautsprecher laut gegen die NPD gewettert wurde. Den meisten Spaß bereitete der Slogan: „Ohne Staatsschutz wärt Ihr nur zu dritt!“

Jutta Potreck

Bezirk 6

Straßenbenennung auf Zollverein

Vor einigen Monaten kam die Stiftung Zollverein auf die Bezirksvertretung zu und berichtete von den Straßenausbauplänen auf dem Kokerei-Gelände. Früher lagen diese Straßen auf dem nach außen geschlossenen Betriebsgelände der Kokerei und hatten keine Namen.

Die Stiftung Zollverein hatte Namensvorschläge, die sich eher auf die Technik als auf Personen bezogen: „Am Salzlager“ und „Koksallee“. Doch schon auf der letzten BV-Sitzung hatten sich die Koalitionäre aus SPD, Grünen und Linken für eine Benennung nach dem Betriebsratskumpel Heinrich Imig ausgesprochen.

Die BV-Mitglieder aus den anderen Parteien (hier Namentlich EBB und CDU) hatten erklärt, sie wollten erst noch recherchieren, was der denn für einer war. Heinrich Imig wurde 1889 in Steele als Kind eines Bergmanns geboren. Er war ein helles Köpfchen und schaffte den Sprung von der Volksschule zum Gymnasium in Steele, welches er aber aufgrund finanzieller Probleme nicht zuende besuchen konnte. So fing er 1914 als Kumpel auf Zeche Ernestine an, wo er bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges arbeitete. Als er 1918 zurückkehrt war, fing er auf Zollverein an und wurde 1926 Betriebsrat. Er war Mitbegründer des Essener Bergarbeitervereins, der Vorgängerorganisation der IG BCE. Was er dort ausübte, würde man heute einen Gesamtbetriebsratsvorsitzenden nennen.
Nach der Machtübernahme durch die Nazis 1933 und der Zerschlagung der Gewerkschaften wurde er entlassen und trat erst 1946 im Ruhrgebiet wieder in Erscheinung. 1950 leitete er den Untersuchungsausschuss zur Grubenkatastrophe auf Zeche Dahlbusch in Gelsenkirchen-Rotthausen. Als Nachfolger von August Schmidt wurde er 1954 Vorsitzender der IG BCE.

Nachdem CDU, EBB, REP und FDP gestern feststellten, dass es eine Chance gibt, die andere Seite (Linke, SPD und Grüne) aufgrund der Abwesenheit zweier SPD-Fraktionäre abzuwatschen, wurde der von uns gestützte SPD-Antrag heiß diskutiert. Die Entscheidung ging denkbar knapp aus: 9 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen ohne Enthaltung für Heinrich Imig. So wird nun der Stiftung Zollverein empfohlen, die längere der beiden Straßen nach Heinrich Imig zu benennen, die kürzere soll „Koksallee“ heißen.

Jutta Potreck
Bezirksvertreterin für DIE LINKE im Stadtbezirk VI

ESSENER ABEND

Die Kehrseite

Überraschung: Ausgerechnet OB-Paß (SPD) schlug Christian Kromberg (CDU-Mitglied) zum Personaldezernenten vor. Gratulation!

Seine Redezeit überzogen hatte ausgerechnet Dr. Krüger – von der sonst so sparsamen EBB-Fraktion

Ein Prälat erklärt die Welt

Abgehakt

Von Ralf Fischer

Hand aufs Herz: Waren Sie in letzter Zeit schon auf dem Platz vor der Domschatzkammer, um die neue Statue von Ruhrbischof Franz Hengsbach zu bestaunen? Tun Sie es, am besten morgens, wenn die Sonne von Osten her wonnig das Gesicht bescheint.

Da steht der Prälat im roten Ornat früh morgens selig grinsend. Unter dem Sockel hängt ein gefährlicher tiefschwarzer Wolf so wundersamer Weise mit den Füßen nach oben, während sich ein zartes weißes Lämmchen auf des Wolfes Bauch gemütlich räkelt. Skurril nur für den, dem sich katholische Weltsicht ganz verschließt.
Tatsächlich wird uns hier die Welt erklärt: Unter der gütigen Hand unseres Hirten aller Herden, wie ist Alles schön und Gott gefällig eingerichtet. Wo die Welt so funktioniert, dass Wölfe in Demutsgeste verharren und mit Lämmern artig sich vertragen, da darf im Lichte des Erfolgs auch ein Prälat mal wohlig grinsen.
Woher die Zeitungen bloß ihre Häme nahmen, den göttlichen

Segen zu verkennen, um bischöfliches Grinsen flugs dem Messwein zuzuschreiben? Berufszyniker, ganz weltliche, die messerscharf nur eines schlossen: Wer nicht erkennt, in welcher Welt wir leben, wer Wolf ist und wer Schaf, der säuft, wie unser seliger Prälat, die Welt sich schön, bis sie gefällt.

Der umgedrehte Wolf jedoch genügt um zu erkennen, was die Statue wirklich zeigt: Die Welt, so religiös verbrämt, steht auf dem Kopfe! Stellen wir sie also, frei nach Marx, entschlossen auf die Füße. Ob Arbeitswelt, ob Politik, ob Banken oder Staat: Zu Tage tritt ganz offenbar, wer wölfisch profitiert und wer sich leise meckernd beugt.

Damit das nicht zur Erkenntnis führt, o Herr: Gib uns kleinen oder großen Schafen „jene ehrfürchtige Liebe zu unserem Oberhirten, die uns immer glaubenstreu und gehorsam erhält“ *(„Gebet für den Erzbischof“, Sursum corda, Gesang- und Gebetbuch für das Erzbistum Paderborn, April 1948).* Auf dass wir armen Sünderlein auf ewig Schafe bleiben, die auch beim Meckern noch ganz brav nur mit den Wölfen heulen.

Rätsel-Ecke:

Finde die Fehler im rechten Bild!

Das letzte Rätsel war wohl zu schwer, jedenfalls gab’s keine Einsendungen. Daher haben wir uns entschlossen, die zwei TUP-Karten für „Queen“ unter den in 2011 neu eingetretenen Parteimitgliedern zu verlosen. Gewonnen hat Sven F. aus Rüttenscheid. Herzlichen Glückwunsch!
Diesmal machen wir es besonders einfach. Im linken Bild sehen Sie, wie Ratsherr Bayer vom Essener Bürger Bündnis pressewirksam seinen großen Scheck mit Fraktionsgeldern an Stadtkämmerer Klieve überreicht. Das rechte Bild dagegen enthält zwei Fehler. Welche?

Wer die Fehler findet, schreibt sie auf eine Postkarte an: DIE LINKE. Essen, Severinstr. 1, 45127 Essen, oder schickt sie in einer Email an essener-morgen@dielinke-essen.de.

Zu gewinnen gibt’s diesmal eine Auswahl an Geschenken, die unsere Ratsmitglieder und BezirksvertreterInnen in diesen Tagen so erhalten. Das können Pralinen oder eine Flasche Wein, ein Gutschein oder Eintrittskarten sein. Auch wir sind immer wieder überrascht, was es da so alles gibt! Einsendeschluss ist der 20. Januar 2012.

&Frank Frei

Übereilt

„Angesichts der Tatsache, dass andere Gesellschaften um jeden Euro kämpfen oder sich legitimieren müssen (s. hierzu Suchthilfe bzw. das Café Kibbel etc.), steht bis heute seitens der Messegeschäftsführung ein schlüssiges und nachhaltiges Finanzkonzept zur Ertüchtigung aus.“ Wer dies feststellte, war niemand Geringeres als die Grüne-Fraktionssprecherin Hiltrud Schmutzler-Jäger in ihrer Haushaltsrede. Dass die Grünen dennoch dem Messe-Ausbau zustimmten, spricht Bände.

Überflüssig

Für überflüssig erachtete der Essener Rat den Posten eines 3. Bürgermeisters – aktuell besetzt durch den Rüttenscheider Grünen Rolf Fliß. Fliß hatte zuvor selber beklagt, dass er lediglich ein bis zwei Repräsentationstermine pro Monat wahrzunehmen habe. Durch den Wegfall dieses Postens ab Herbst 2014 können jährlich rund 100.000,- Euro eingespart und einer sinnvoll(rer)en Verwendung zugeführt werden.

Überschüssig

Mit großem Presse-Trara gab am 11.11.11, kurz vor 11 Uhr 11, Udo Bayer vom Essener Bürgerbündnis überschüssige Fraktionszuwendungen in Höhe von 14.500 € an Kämmerer Klieve zurück. Und dies, obwohl die EBB-Fraktion noch wenige Monate zuvor im Rat und im Ältestenrat weitere Kürzungen bei den Fraktionszuwendungen ausdrücklich abgelehnt hatte. Dennoch: WAZ und NRZ berichteten teils ganzseitig: „Sparen fängt oben an“. Auf Antrag der LINKEN akzeptierte der Essener Rat einstimmig dieses Angebot der EBB-Fraktion und kürzte deren Mittel vorsorglich für die Jahre 2012–2014. Wir sagen: „Danke, EBB“.

P.S.: Diesmal ohne Jörg Uhlenbruch, CDU